

# Das Volk und die Volksabstimmung

Der Mensch ist frei

- 12. Juni 1776**      **Erste öffentliche Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte “Bill of Rights” von Virginia. Artikel 2: “Alle Macht ruht im Volke und leitet sich daher von ihm ab; alle Amtspersonen sind seine Treuhänder und Diener und ihm jederzeit verantwortlich.”**
- 17. Juni 1789**      **Freiheit-Gleichheit-Brüderlichkeit,**  
Französische Revolution  
Ablösung der Herrschaft von Thron und Altar (Gottes Gnaden). Der neue Souverän - die Gesamtbürgerschaft - das Volk.
3. September 1791      Erste Verfassung Frankreichs: “1. Es gibt nur eine Souveränität, unteilbar, unveräußerlich und unverjährbar. Sie gehört der Nation: kein Teil des Volkes und auch keine einzelne Person kann sich ihre Ausübung aneignen.”
- 1793      Zweite Verfassung Frankreichs: In der zweiten Verfassung, der Revolutionsverfassung, (trat nie in Kraft) war die Möglichkeit der Volksabstimmung über die Verfassung vorgesehen, sowie über die laufende Gesetzgebung. Das Frauenwahlrecht wurde aufgenommen.
- Februar 1848      Frankreich wird Republik.
18. Mai 1848      Erste deutsche Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche, wird von den Fürsten gewaltsam aufgelöst
- 1850**      **Moritz Rittinghausen “Über die Notwendigkeit der Direkten Gesetzgebung durch das Volk”, Gesetzentwurf zur Regelung einer dreistufigen Volksgesetzgebung: Volksinitiative, Volksbegehren, Volksentscheid.** Moritz Rittinghausen war Abgeordneter des Frankfurter Vorparlaments März 1848 und Redakteur der “Neuen

Rheinischen Zeitung”, Herausgeber Karl Marx. Emigra

tion nach Frankreich, wo er weiter über die Volksgesetzgebung publizierte. Seine Gedanken fanden besonders bei den Fourieristen in Frankreich Zustimmung.

**1868** **Zürich: erste verfassungsrechtliche Verankerung der Volksgesetzgebung.** Karl Bürkis (Propagandist der sozialistischen Arbeiterbewegung) setzt die von Moritz Rittinghausen verfaßten Vorschläge in das Schweizerische Verfassungsrecht um.

1869 bis **1891** 1869 Eisenach; 1875 Gotha, 1891 Erfurt: Parteitage der Sozialdemokratischen Partei. **Auch die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei greift die Ideen von Moritz Rittinghausen auf. In allen drei ersten Parteiprogrammen bleibt die die Einführung der “Direkten Gesetzgebung durch das Volk” an der Spitze der “Nächsten Forderungen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei”.**

1871 Deutsches Reich,

1874 Einführung des Verfassungsreferendums auf Bundesebene in der Schweiz.

1914 Erster Weltkrieg.

9. November 1918 Abdankung Wilhelm II, Ausrufung der Republik durch Scheidemann.

Januar bis Mai 1919 Niederschlagung der politischen Rätebewegungen in verschiedenen Teilen des Reichsgebiet durch das Militär.

6. Februar 1919 Zusammentritt der Nationalversammlung - Wahl Eberts zum Reichspräsidenten

**11. August 1919** **Erste verfassungsrechtliche Verankerung der Volksgesetzgebung in Deutschland** (Artikel. 73,75,76 der Weimarer Verfassung). Verabschiedung der Weimarer Verfassung durch den Reichstag. Eine Volksabstimmung über die Verfassung findet nicht statt.  
Zur Einführung der Volksgesetzgebung spricht Dr Cohn (USPD): **“Der Volksentscheid ist das Wasser, das zum Schwimmen bereitgestellt werden muß, damit die politisierten Wähler im Meere des politischen Lebens**

**und Handelns schwimmen können. Er ist aber auch ein Mittel, um politische Kämpfe sachlich zu gestalten. Wenn die Presse, wenn die öffentliche Agitation in Versammlungen und in Vereinen dazu gezwungen wird, zu bestimmten formulierten Fragen Stellung zu nehmen, sei es bei der Beurteilung schon verabschiedeter Gesetze, oder sei es bei der Durchsetzung neuer gesetzgeberischer Gedanken, so ist mit Sicherheit zu erwarten, daß die politischen Agitationen an feste Pflöcke angeknüpft werden, aus der Uferlosigkeit heraus in ein schmäleres Bett hineingeführt und sachlicher und fruchtreicher gestaltet werden."** Säulendokument: Protokoll der Verhandlungen der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung, Band 327. S. 1356.

**1922 Antrag auf Volksbegehren und Volksentscheid vom Reichsbund für Siedlung und Pachtung zur Bodenreform. Antrag nach Zulassung zurückgezogen.**

**1923 Erneuter Antrag des Reichsbund auf Volksentscheid zur Bodenreform. Inhalt: Ein Drittel der die zweite Ackernahrung übersteigenden Flächen, je nach Bodenklasse 50-200 Morgen, sollte den Eigentümern enteignet und den landarmen und landlosen Familien in Erbpacht gegeben werden. Zulassung wurde wegen Verstoß gegen das Abgabengesetz abgelehnt.**

**1925 Antrag auf Volksbegehren und Volksentscheid des Sparerbundes (Dr. Best): Inhalt: Revision des Aufwertungsgesetzes vom 16.6.1925. Der höchste Aufwertungsprozentsatz für Sparguthaben betrug 15 %. Damit konnten die Verluste der Sparer durch die Inflation nicht im geringsten aufgefangen werden. Das Volksbegehren strebte einen allgemeinen Aufwertungssatz von 50% an. Durch ein neues extra für diesen Volksentscheid verabschiedetes Ausnahmegesetz wurde die Zulassung abgelehnt. In der juristischen Fachliteratur erhielt dieses Gesetz den Namen "Abdrosselungsgesetz".**

**20. Juni 1926 Volksbegehren/Volksentscheid zur Fürstenenteignung. Inhalt: Ziel war die entschädigungslose Enteignung der vor 1919 regierenden Fürstenhäuser und der**

**Verwendung der Vermögenswerte zugunsten der Arbeitslosen, Kriegsoffer, Sozial- und Kleinrentner, der bedürftigen Inflationsoffer, der Landarbeiter, Kleinpächter und Kleinbauern. Betreibende politische Kraft: SPD/KPD Gewerkschaften. Ergebnis: Beteiligung 39,3% aller Wahlberechtigten (15.592.508); Ja-Stimmen: 36,4% aller Wahlberechtigten (14.447.891); Nein-Stimmen: 1,5 % aller Wahlberechtigten (559 590). Die Volksabstimmung war nicht rechtsgültig, da das Mindestbeteiligungs-Quorum von 50% nicht erreicht wurde.**

20. Mai 1928 Reichstagswahlen. Ergebnis: KPD/USPD: 10,6%; SPD/DDP/Z/DVP: 55,5, %; Sonstige 17,1 %; Rechtsparteien 16,8 %. Säulendokument:
- 3. -16. Oktober 1928 Volksbegehren "Panzerkreuzerverbot". Inhalt: "Der Bau von Panzerschiffen und Panzerkreuzern jeder Art ist verboten"(Gesetzeswortlaut ). Betreiber:KPD. Mit 1.216.501 (2,93%) Eintragungen bei 41.340.691 Stimmberechtigten wurden die nach Art. 73 Abs. 3, Satz 1 Weimarer Reichsverfassung erforderlichen 10 % der Stimmberechtigten nicht erreicht.**
- 22. Dezember 1929 Volksentscheid zum Young-Plan aufgrund erfolgreichem Volksbegehren. Betreibende politische Kraft: NSDAP/DNVP, dem Stahlhelm u.a. Beteiligung: 14,6% aller Wahlberechtigten (6.177.085); Ja-Stimmen: 13,8% aller Wahlberechtigten (5 838.890); Nein-Stimmen: 0,8% aller Wahlberechtigten (338.195). Inhalt: Das Volksbegehren war gegen den Youngplan gerichtet. In §1 und 2 des Gesetzentwurfs wurde der Reichsregierung aufgegeben, die auswärtigen Mächte in Kenntnis zu setzen, daß das Kriegsschuldanerkenntnis des Versailler Vertrages der geschichtlichen Wahrheit widerspreche und völkerrechtlich unverbindlich sei. "Die Regierung muß auf die förmliche Außer-Kraft-Setzung des Versailler Vertrages und die Räumung der besetzten Gebiete hinwirken."**
14. September 1930 Reichstagswahlen: KPD/USPD 13,6%; SPD/DDP/Z/DVP: 44,6%; Sonstige: 17,0%; Rechtsparteien: 25,3%.
30. Januar 1930 Hindenburg beruft Hitler zum Reichskanzler. :

- 12. September 1932** **Volksbegehren zur Aufhebung der Notverordnung.** Durch die Notverordnung waren die Arbeitgeber berechtigt die Löhne um 12,5%-20% zu kürzen. Die Regierung hob am 17. Dezember 1932 die Notverordnung auf.
28. Februar 1933 Aufhebung der demokratischen Grundrechte.
- 23. März 1933** **“Ermächtigungsgesetz”.** Durch das Ermächtigungsgesetz übertrugen die Abgeordneten des Reichstages die Souveränität des Volkes auf die Regierung, d.h. auf den Führer Adolf Hitler.
- 14. Juli 1933** **“Gesetz über Volksabstimmung” und “Gesetz gegen die Neubildung von Parteien”.** Die darin vorgesehenen rein konsultativen “Volksabstimmungen” waren ausschließlich als Recht des Führers sein Volk zu befragen - als Instrument zur Demonstration von Einheit zwischen Volk und Führer. Die Volksgesetzgebung auf Reichsebene wurde abgeschafft, ebenso durch das Gleichschaltungsgesetz auf Landes- und kommunaler Ebene. Des Stimmgeheimniss wurde abgeschafft (der “Deutsche Mann, die Deutsche Frau stimmt offen ab”), und jede gegen Hitler gerichteten Meinungsäußerung wurde gewaltsam unterdrückt. Es fanden drei Volksbefragungen während der Diktatur statt: 12. November 1933 zum Austritt aus dem Völkerbund und das Verlassen der Abrüstungskonferenz, 19. August 1934 Hitlers Ernennung zum Staatsoberhaupt, 10. April 1938 Anschluß Österreichs.
30. April 1945 Selbstmord Hitlers.
8. Mai 1945 Bedingslose Kapitulation.
23. Mai 1945 Alliierte übernehmen Regierungsgewalt.
- 30. Juni 1946** **Sächsische Enteignungs-Volksabstimmung.** Inhalt: Der Gesetzentwurf bestimmte die Übergabe von Betrieben von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes. Betreiber: Allparteientwurf. Der Volksentscheid wurde mit Mehrheit angenommen.

- 19. September 1946**      **Entwurf “Die Grundrechte des deutschen Volkes” vorgelegt vom Parteivorstand der SED:**  
 “Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus und hat dem Wohle des Volkes zu dienen. Bei der Ausübung der Staatsbürgerrechte sind Männer und Frauen gleichberechtigt. Das Volk übt die Staatsgewalt aus durch Wahl zu den Volksvertretungen der Republik und der Länder, **durch Volksbegehren und Volksentscheid**, durch Mitwirkung an der Verwaltung der Republik und der Länder und öffentlichen Körperschaften und an der Rechtsprechung sowie die demokratisch ausgebaute Selbstverwaltung der Gemeinden.
14. November 1946      Verfassungsentwurf der SED für die Deutsche Demokratische Republik - erste ausgearbeitete Verfassungskonzeption für Gesamtdeutschland.
- 24. 11. 1946 bis  
18. 6. 1950**      **Annahme von Landesverfassungen durch Volksentscheid:** 1.12.46: Hessen, Bayern; 18.5.47: Rheinland-Pfalz, Baden, Hohenzollern; 12.10.47: Bremen, 18.6.1950: Nordrhein-Westfalen; :
18. März 1948      Volksbegehren für einen “Volksentschied über die Einheit Deutschlands”. Beschluß des “Deutschen Volkskongreß” der Sowjetischen Besatzungszone. Inhalt: “§1 Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik, in der den Ländern ähnliche Rechte zustehen, wie sie die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 enthielt. § 2 Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.” Das Volksbegehren wurde in den Westzonen verboten. Beteiligung in der Sowjetischen Besatzungszone einschließlich Berlin lag bei 95%-98% aller Wahlberechtigten. Der Deutsche Volksrats stellt einen Antrag an den Alliierten Kontrollrat (seit 15 Wochen lahmgelegt) einen den Volksentscheid im September 1948 durchzuführen
- 13. April 1948**      Ellwanger Kreis der **Unionsparteien** in Bad Brückenau: Streichung der plebiszitären Elemente aus den “Grundsätzen”
- 1948      Franfurter Dokument Nr.1. Empfehlung der Londoner Sechsmächte-Konferenz: Die Verfassung des zu gründenden Weststaates soll der Bevölkerung in den betreffenden Bundesländern zur Ratifizierung vorgelegt wer-

den.

- 9. Juli 1948** Keine Volksabstimmung über das Grundgesetz  
Ministerkonferenz in Koblenz. Aus dem Protokoll: **“Für ihren Vorschlag, von einem Volksentscheid Abstand zu nehmen, war maßgebend die Erkenntnis, daß heute weite Teile des deutschen Volkes ihre Stimme nicht aus sachlichen Gründen abgeben würden, sondern um ihrem Bedürfnis nach einem sichtbaren Protest gegen die Zeitverhältnisse und die von ihnen dafür verantwortlich gemachten Militärregierungen Ausdruck zu verleihen, schlechthin gegen die von den verantwortlichen politischen Parteien vorgeschlagenen Lösungen stimmen könnten.”**
13. August 1948 Verfassungskonvent Herrenchiemsee. Ablehnungsbeschluß zur Einführung der Volksgesetzgebung aus Angst vor Ablehnung des Weststaates.
1. September 1948 Parlamentarischer Rat  
1. Sitzung des Parlamentarischen Rates (= die verfassunggebende Versammlung zur Gründung des westdeutschen Staates)
- 14. Oktober 1948** 11. Sitzung des Ausschusses für Grundsatzfragen: Es spricht Dr. Carlo Schmid: **“Das Volk handelt durch die im Grundgesetz bestimmten Organe.”** Dr. Mangold: **“In diesen Organen wird das Volk handelnd tätig. Man darf aber nicht sagen, nur in diesen Organen; dann wäre die Volksabstimmung ausgeschlossen.”** Dr. Schmid: **“Wir wollen kein Monopol für die repräsentative Demokratie”**.
8. Dezember 1948 Antrag Frau Wessel (Zentrum) auf Ausführungsgesetz zur Volksabstimmung  
Antrag im Plenum abgelehnt.
6. Mai 1949 Antrag Dr. v. Brentano (CDU) auf Streichung des Prinzips Volksabstimmung in Art. 20.2.. Antrag im Plenum abgelehnt.
8. Mai 1949 Parlamentarischer Rat in Bonn verabschiedet das Grundgesetz  
“Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch die be-

sonderen Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.” (Artikel 20, Absatz 2). (Eine Volksabstimmung über das Grundgesetz wird aus Gründen der zu erwartenden Ablehnung des westdeutschen Staates durch die Bevölkerung nicht durchgeführt.)

23. Mai 1949 Gründung der Bundesrepublik Deutschland
7. Oktober 1949 Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. Verabschiedung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik durch den Volksrat. Die Verfassung sieht Volksbegehren und Volksentscheid zu einfachen Gesetzen sowie zu Verfassungsänderungen vor (Artikel 3, 63,81, 83,86,87). Die Volksgesetzgebung wurde aber nie praktiziert.
4. Dezember 1949 Konrad Adenauer: “In der Öffentlichkeit muß ein für allemal klargestellt werden, daß ich prinzipiell gegen eine Wiederaufrüstung der BRD bin und damit auch gegen die Errichtung einer neuen deutschen Wehrmacht.” (dpa). Ende 1948 im US-Nachrichtenmagazin “Newsweek”: “Der Adenauerregierung wäre es willkommen, wenn die Initiative zur deutschen Aufrüstung von alliierter Seite ausginge. Bonn würde sich dem Vorschlag gegenüber anfänglich kühl verhalten, obwohl es sich ganz für den Plan einsetzt.”
- 1949 Wahlsommer, Franz-Josef Strauß: “Wer noch einmal eine Waffe in die Hand nehmen will, dem soll die Hand abfaulen.” Säulendokument: dpa-Meldung
- 1950 Rücktritt von Minister Gustav Heinemann aus Anlaß der Regierungspläne zur Wiederbewaffnung. Zu seinem Rücktritt erklärt er: **“Der Bundeskanzler denkt in den Formen autoritärer Willensbildung und des stellvertretenden Handelns. Wo ein Wille zur Mitbeteiligung des Volkes vorhanden ist, gibt es auch Wege, um diese Mitbeteiligung aufzuschließen. Wir werden unser Volk nur dann demokratisch machen, wenn wir Demokratie riskieren. Wenn in irgendeiner Frage der Wille des deutschen Volkes eine Rolle spielen soll, dann muß es die Frage der Wiederaufrüstung sein.”**

- 1950**      **Forderung einer Volksabstimmung zur Wiederbewaffnung durch die "Ohne Mich Bewegung". Emnid-Umfrage: 75% gegen die Wiederbewaffnung, 10 % für die Wiederbewaffnung, 14 % unentschieden. Säulendokument: • Foto eines Informationsstandes der Aktion •**
- 1951      Peter Schilinski, später "Aktion Volksentscheid" gründet in Schleswig die erste Bürgerinitiative zur Einführung der Volksgesetzgebung auf Bundesebene "Bund für Freie Volksabstimmung".
17. Juni 1953      Volksaufstand in der DDR.
23. Oktober 1955      **Volksabstimmung zur Eingliederung der Saar in die Bundesrepublik. Beteiligung 97,5%; Ja-Stimmen: 67,7%.**
- 1956**      Baden-Württemberg: Der Landtag regelt Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in Gemeinden. Bis 1992 gab es ca. 180 Bürgerentscheide.
- 1958**      Kampf dem Atomtod. Große Friedensbewegung aus Gewerkschaften, Wissenschaftlern, Christen, Intellektuellen, Bürgern und SPD. **Die Forderung der Friedensbewegung nach einer Volksabstimmung wurde von der SPD-Bundestagsfraktion aufgegriffen. Das "Gesetz zur Volksbefragung wegen einer atomaren Ausrüstung der Bundeswehr" wird von der Bundestagsmehrheit abgelehnt. Die Länder Hamburg und Hessen wollen daraufhin selbst Volksbefragungen durchführen. Diese werden vom Bundesverfassungsgericht wegen Konflikt mit der Bundeskompetenz verboten.**
13. August 1961      Bau der Berliner Mauer
- 2-30. Januar 1967**      **Bayern: Volksbegehren über Christliche Gemeinschaftsschule. Betreiber: FDP. Beteiligung: 9,3% Der Volksentscheid findet nicht statt, da die Quote von 10% nicht erreicht wurde.**
21. Juni 1967      "Jeder Mensch ein Künstler"(Joseph Beuys).  
Gründung der "Deutschen Studentenpartei" in der Staatlichen Kunstakademie Düsseldorf (Joseph Beuys).

- 1967/68 Demokratische Union (Wilfried Heidt, Peter Schilinski).
4. April 1968 Martin Luther King wird erschossen.
- 8. April 1968** **Neue Verfassung der DDR tritt nach Volksentscheid in Kraft (94,49 % Ja-Stimmen). Das Volksinitiativrecht (Volksbegehren) wird abgeschafft. Die neue Verfassung sieht vor, das nur die Volkskammer Volksabstimmungen beschließen kann (Art. 53)**
11. April 1968 Attentat auf Rudi Dutschke (28) auf dem Kuhdamm in Berlin. Unruhen und APO-Demonstrationen in Berlin, Hamburg, Frankfurt, Essen, München.
11. Mai 1968 Großdemonstration gegen die Notstandsgesetze in Bonn.
- 7. Juli 1968** **Bayern: Volksentscheid zur Einführung der christlichen Gemeinschaftsschule, Vorschlag angenommen.**
20. Oktober 1968 Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in Prag.
- 24. Mai 1970** Bayern: Verfassungsreferendum über Wahlalter. Beteiligung: 38,3%; Ja-Stimmen: 54,8 %.
- 10.-23. November 1971 Bayern: Volksbegehren über Demokratische Gebietsreform. Beteiligung: 3,7%; nicht rechtsgültig.
2. März 1971 Gründung der "Organisation der Nichtwähler" in Düsseldorf durch Joseph Beuys.
1. Juni 1971 Gründung der Organisation für Direkte Demokratie durch Volksabstimmung, (Joseph Beuys).
- 1971** **Baden-Württemberg: Volksbegehren zur Landtagsauflösung der "Liga für eine demokratische Verwaltungsreform in Baden-Württemberg" mit 217 000 Unterschriften. Im Volksentscheid gescheitert.**
- 1972 Documenta 5, Kassel: 100-Tage-Aktion der Organisation für Direkte Demokratie durch Volksabstimmung von Joseph Beuys.
- 1972** Bayern: Volksbegehren zur Rundfunkfreiheit, 1973 durch Volksentscheid angenommen.

- 1974 Volksbegehren "Freies Wattenscheid" anlässlich der kommunalen Neugliederung, NRW.
1. Juli 1973 Bayern: Verfassungsreferendum über Wahlrecht. Beteiligung 23,3%, Ja-Stimmen: 84,8%.
- 1976 Bayern: Volksbegehren zur Lernmittelfreiheit, Beteiligung: 6,4%, nicht rechtsgültig. Der Gesetzentwurf zur Einschränkung der Lernmittelfreiheit wird aber von der Regierung während des Volksbegehrens zurückgezogen, das Ziel ist damit erreicht. Säulendokument: • Aufsatz •
- 1977 Documenta 6, Kassel. Gründung der "Freien Internationalen Universität", Joseph Beuys. Säulendokumente: • Buch • Stempel •
5. Dezember 1977 Bayern: Volksbegehren zum Bayerischen Senat. Beteiligung: 5,9 %, nicht rechtsgültig.
- 25.Okt.1978 Grundsatzprogramm der CDU: "Repräsentative Demokratie schließt nicht die Möglichkeit direkter Entscheidung des Volkes aus."**
23. Dez. 1978 Aufruf zur Alternative, Joseph Beuys.
- 1978 Nordrhein-Westfalen: Das Volksbegehren der CDU gegen die COOP-Schule wird von 30% der Bevölkerung unterstützt, die Regierung lenkt daraufhin ein. Säulendokumente: •
- Januar 1980 Gründung der Antiparteien-Partei "Die Grünen".**
- 7. Juni 1980 Wahlprogramm der FDP: "Im Sinne von mehr direkter Bürgerbeteiligung fordert die F.D.P. die Einführung des Volksbegehrens und des Volksentscheides in Bund und Ländern."**
- 1980 Hessen: Antrag auf Volksbegehren gegen Startbahn West mit 300.000 Unterschriften, wird gerichtlich abgelehnt wegen Konflikt mit der Bundeskompetenz.**
- 1981 Berlin: Anträge auf ein Volksbegehren zur Parlamentsauflösung der CDU und AL mit insgesamt 300 000 Unterschriften.

- 1982 Bayern: Aktion Bürgerentscheid. Antrag auf Volksbegehren zur Einführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid auf kommunaler Ebene der Aktion Bürgerentscheid. Die nötige Unterschriftenzahl zur Einleitung eines Volksbegehrens wird nicht erreicht.
- 30. Juni 1982** Documenta 7, Kassel, 7000 Eichen, Joseph Beuys. Aktion: die Wandlung - Joseph Beuys schmilzt im Rahmen von "7000 Eichen" die Kopie der Zarenkrone Iwans des Schrecklichen ein Friedenssymbol in Form eines Hasen und einer Sonnenkugel um. Dieses Symbol wurde später zum Erkennungszeichen der Volksentscheidungsbewegung.
28. Dez. 1983 Gründung der "Aktion Volksentscheid". Entwurf eines Bundesabstimmungsgesetzes, das die Grundlage für alle weiteren Diskussionen über die Volksgesetzgebung in der Bundesrepublik bildet. (Gerald Häfner, Berthold Hasen-Müller, Wilfried Heidt, Brigitte Krenkers, Peter Schata, Herbert Schliffka, Johannes Stüttgen)  
Petition an den Deutschen Bundestag, ganzseitige Anzeige in der "Zeit" und regionalen Zeitungen, Start einer Unterschriftenaktion, Brief an alle Abgeordneten des Bundestags. In den folgenden Jahren zahlreiche Aktionen.
- ab 1983 Herausgabe des monatlichen Informationsdienstes für Direkte Demokratie durch Wolfgang Lohmüller, München bis 1992.
- 1984** **Baden-Württemberg, Hessen: Anträge auf Volksbegehren für den Frieden mit jeweils über 100.000 Unterschriften. Anträge werden wegen Konflikt mit der Bundeskompetenz abgelehnt.**
4. Okt. 1984 Debatte im Bundestag über die Petition der Aktion Volksentscheid. Die Petition wird mehrheitlich abgelehnt.: **(Protokoll der Bundestagsdebatte • 5.10.84 Antwort des Petitionsausschuß: "Der Deutsche Bundestag hat in seiner 88., Sitzung am 4. Oktober 1984 (...) beschlossen, die Petition als erledigt anzusehen.)**
13. Dez. 1985 DIE GRÜNEN verabschieden auf der Bundesversammlung in Offenburg das "Manifest für Direkte Demokratie" mit dem Gesetzentwurf der Volksentscheidungsbewegung.

- 1985** Bayern: **Antrag auf Volksbegehren gegen WAA-Wackersdorf mit 30 000 Unterschriften, Antrag wird abgelehnt wegen Konflikt mit der Bundeskompetenz.**
- Mai 1986 Gründung "Volksentscheid gegen Atomanlagen". Der Aufruf von 50 KünstlerInnen und VertreterInnen von Umweltgruppen wird bis Ende 1987 von 580 000 Menschen unterzeichnet. Sie fordern das Recht auf Volksbegehren und Volksentscheid auf Bundesebene.
- 1986 Veröffentlichung der Dissertation "Chancen direkter Demokratie in der Bundesrepublik" von Dr. Claus-Henning Obst.
- 1986 Saarland: Antrag auf Volksbegehren "Rettet die Schule" mit 35 000 Unterschriften.
- 1986/87 Nordrhein-Westfalen: Antrag auf Volksbegehren über Atomanlagen mit 110.000 Unterschriften, gerichtlich abgelehnt wegen Konflikt mit der Bundeskompetenz.
24. April 1987 Gründung der Europäischen Initiative für Direkte Demokratie: Aufruf von Solange Fernex (Frankreich), Petra Kelly, Gerald Häfner (BRD), Silvano Vinceti, Alexander Langer (Italien), Prof. Paul Blau, (ECOROPA) u.a.
- 28.4.1987 Petition an die Volkskammer der DDR, Antrag auf "Volksabstimmung über den Ausstieg aus der Atomwirtschaft".
- April 1987 Baden-Württemberg: Stuttgarter Memorandum zur Weiterentwicklung der Volksgesetzgebung in der Landesverfassung der Aktion Volksentscheid.
- 1987 Bayern: Antrag auf Volksbegehren "Keine Nebenämter der Minister in Aufsichtsräten". Nötige Unterschriftenzahl nicht erreicht.
23. Mai 1987 Start der Aktion "Volksentscheid zum 23. Mai 1989" (40. Jahrestag der Bundesrepublik). 2. Petition an den XI Deutschen Bundestag der Aktion Volksentscheid, unterstützt von 100.742 Menschen. 5. 5. 88: Beschluß des Dt. Bundestages zur Petition, Ergebnis: Überweisung an die Fraktionen des Dt. Bundestages.

14. Sept. 1987 Documenta 8, Kassel.  
Start des "Omnibus für Direkte Demokratie in Deutschland". In den folgenden Jahren Aktionen in ca. 1.000 Orten. (Brigitte Krenkers, Herbert Schliffka, Johannes Stüttgen, Dieter Neubert, Irina Rosentreter, Rhea Thönges-Stringaris, Jürgen Binder, Felix Droese, Walter Dahn, Silvia Gauss, Henry Mattheß)
9. Jan. 1988 500-Tage-Urabstimmung "Volksentscheid zum 23. Mai 1989". Bis zum 23. Mai 1989 werden 2,5 Millionen Stimmbriefe verteilt. 52.000 Stimmbriefe mit "Ja für Volksgesetzgebung".•
25. Februar 1988 Versuch einer Überfahrt nach Ost-Berlin des Omnibus für Direkte Demokratie in Deutschland.
- Juli 1988 Gründung der IDEE - Initiative DEMokratie Entwickeln. (Angela von Bandemer, Lukas Beckmann, Gerald Häfner, Thomas Mayer, Daniel Schily, Michael Seipel u.a.)
- Sept. 1988 Schleswig-Holstein: Petition der "Bürgerinitiative Volksgesetzgebung" und der IDEE für Volksgesetzgebung, Aktionen der Jusos.
- Januar 1989 Veröffentlichung des Buches "Direkte Demokratie in der Weimarer Republik" von Dr. Otmar Jung.
22. Febr. 1989 Demokratische Initiative, Naumburg-Leipzig, DDR. Petition an die Deutsche Volkskammer für die Einführung der Volksgesetzgebung.
- Mai 1989 Start der Aktion "Volksentscheid über das sofortige Verbot von FCKW" .  
Der Aufruf der IDEE und 23 KünstlerInnen (u.a. Senta Berger-Verhoeven, Alfred Biolek, Herbert Grönemeyer, Udo Jürgens, Stephan Krawczyk, Udo Lindenberg, Peter Maffay, Hanna Schygulla) wird bis Ende 1991 von 282.903 Menschen unterschrieben. Sie fordern das Recht auf Volksbegehren und Volksentscheid auf Bundesebene.  
Säulendokumente
17. Juni 1989 Veröffentlichung des "Weimarer Memoradums".  
Eingabe an die Volkskammer für eine Volksabstimmung zur Wiederaufnahme der Volksgesetzgebung in der Verfassung der DDR.

- Sommer 1989 Veröffentlichung der Flensburger Hefte Nr. 24 "1789-1989 Direkte Demokratie", Nr. 25 "Rechtsleben und soziale Zukunftsimpulse" und Sonderheft Nr. 5 "Volksouveränität - Demokratie - Volksgesetzgebung". Säulendokument: • Bücher •
19. September 1989 Offizielle Anmeldung der Oppositionsgruppe Neues Forum in elf DDR-Bezirken (Sprecher: Bärbel Bohley, Rolf Henrich). Als "staatsfeindlich" verboten.
2. Oktober 1989 Größte Demonstration seit 1953 in Leipzig (20.000 TeilnehmerInnen).
7. Oktober 1989 40-Jahr-Feier der Gründung der DDR. Gorbatschow in Ostberlin: "Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben!"
9. Oktober 1989 70.000 DemonstrantInnen in Leipzig. (Montagsdemonstration)
18. Oktober 1989 Rücktritt des SED-Chefs und Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker (77).
4. November 1989 Größte Demonstration der deutschen Nachkriegsgeschichte in Ost-Berlin:  
1 Million. "Wir sind das Volk".
- 9. November 1989 Öffnung der Berliner Mauer.**
- Dezember 1989 "Beendet die Zuschauerdemokratie", Plädoyer von 44 Rechts- und GesellschaftswissenschaftlerInnen für Volksbegehren und Volksentscheid auf allen politischen Ebenen der BRD.
20. Dez. 1989 Verabschiedung des Berliner Grundsatzprogramm der SPD: "In gesetzlich festzulegenden Grenzen sollen Volksbegehren und Volksentscheid in Gemeinden, Ländern und Bund parlamentarische Entscheidungen ergänzen." Säulendokument: • Zeitungsartikel •
- Jan. 90 "Alle Macht geht vom Volke aus", Aufruf zur Volksgesetzgebung der Gruppe Kontakte, Potsdam.
8. Jan. 1990 Gründung der "Demokratie-Initiative 90". Start der Unterschriftenaktion für die Volksgesetzgebung und für einen direktdemokratischen Weg zur Erarbeitung der Verfassung.

sung an die Volkskammer und an den Deutschen Bundestag, Übergabe der Unterschriften der Demokratie-Initiative 90 und der Freien Initiativen 89 am 31. Mai 1990 an die Volkskammer. • 33.735 Unterschriften •

6. Febr. 1990 Forderung nach einer Volksentscheidung in der DDR über die Währungsunion.
15. März 1990 Verabschiedung der neuen Kommunalverfassung von Schleswig-Holstein und Einführung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden in Gemeinden. Bis Juni 1992 gab es 47 Bürgerbegehren und 18 Bürgerentscheide.
26. März 1990 Aufruf "Verfassung mit Volksentscheid" der IDEE und 22 ErstunterzeichnerInnen aus Politik und Kultur
4. April 1990 Der "Runde Tisch" verabschiedet den Verfassungsentwurf für die DDR, Aufruf zum Volksentscheid über die Verfassung.
- Frühjahr 1990 "Volksentscheid über Deutschland ohne Armee", Aktion in der DDR.
30. Mai 1990 Verabschiedung der neuen Landesverfassung für Schleswig-Holstein (mit dreistufiger Volksgesetzgebung).•
16. Juni 1990 Gründung des "Kuratoriums für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder"
- ab Sommer 1990 Diskussion über die Volksgesetzgebung in den Landesverfassungen für Brandenburg, Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern.
28. Okt. 1990 Hofgeismarer Gesetzentwurf zur Einführung von Volksbegehren und Volksentscheid. Diese Handreichung wurde auf Initiative der Stiftung Mitarbeit und der Evangelischen Akademie Hofgeismar auf zwei Fachtagungen erarbeitet.
- Herbst 1990 Sachsen: Unterschriftensammlung "Wir sind das Volk - keine Verfassung ohne uns" der Bürgerbewegungen.
14. Nov. 1990 Niedersachsen: Petition der Bürgerinitiative "Volksgesetzgebung für Niedersachsen"  
Gemeinsamer Verfassungsentwurf von GRÜNEN und

SPD vom 18.3.1992 •

- Dezember 1990 “Der Springende Punkt” - Wahlinitiative für die dreistufige Volksgesetzgebung anlässlich der Bundestagswahl 2.12.1990, Direktkandidaten in ca. 18 Wahlbezirken.
2. Dez. 1990 Erste gesamtdeutsche Bundestagswahl, FIU-Postkarte: Johann Wolfgang von Goethe: “Welche Regierung die beste sei? Diejenige, die uns lehrt, uns selbst zu regieren.”
17. Febr. 1991 Bayern: Volksentscheid “Das bessere Müllkonzept”, das Volksbegehren wurde mit über 800 000 Unterschriften unterstützt.
30. April 1991 Bremen: Petition für eine Volksabstimmung über die Weiterentwicklung der Volksgesetzgebung in der Landesverfassung von Bremen der Initiative “Der Springende Punkt”.
5. Mai 1991 Gründung von “Eurotopia” - europäische Bürgerbewegung für ein (direkt)demokratisches Europa.
23. Mai 1991 Start der Unterschriftensammlung Verfassung mit Volksentscheid (Goldene Posaune) der IDEE, Omnibus für Direkte Demokratie in Deutschland, BBU, Evangelischer Kirchentag 1991, u.a.. 8.859 Unterschriften •
16. Juni 1991 Verfassungsentwurf des Kuratoriums für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder, Kongreß in Frankfurter Paulskirche.
19. Juni 1991 **Volksentscheid zur Hauptstadtfrage. Ablehnung des Gesetzesentwurfes der SPD im Deutschen Bundestag. Säulendokumente: • Unterschriftenliste • Zeitungsartikel •**
15. Juli 1991 Nordrhein-Westfalen: Petition für Direkte Demokratie in den Gemeinden von IDEE, des Omnibus für Direkte Demokratie, Demokratie Jetzt Bonn, Unabhängige Wählergemeinschaft Bonn, BUND NRW und 1.084 BürgerInnen.
- Sept. 1991 Hessen: Petition für Direkte Demokratie in Hessen von IDEE, Omnibus für Direkte Demokratie, Initiative Direkte Demokratie Frankfurt, Arbeitskreis Demokratie Frankfurt und ca. 600 BürgerInnen.

- Oktober 1991 Mecklenburg-Vorpommern: "Schweriner Apell" der Bürgerbewegungen für eine Landesverfassung mit Volksentscheid.
1. Nov. 1991 Aktion "Volksentscheid über § 218" der Humanistische Union.
16. Jan. 1992 Erste Sitzung der Gemeinsamen Verfassungskommission in Bonn.
28. März 1992 "Bonner Erklärung für Direkte Demokratie" der IDEE.
19. Mai 1992 Niedersachsen: Petition der IDEE für Direkte Demokratie in den Gemeinden.
- 28. Mai 1992 Sachsen: Verabschiedung der Landesverfassung für Sachsen (mit dreistufiger Volksgesetzgebung). Dank Ralph Donner**
2. Juni 1992 Dänemark: Volksabstimmung über den Maastrichter Vertrag.
14. Juni 1992 Brandenburg: Volksentscheid über die neue Landesverfassung (mit dreistufiger Volksgesetzgebung). Kein Zustimmungsquorum bei der Verfassungsabstimmung. Die Regelung der Volksgesetzgebung in der Verfassung sieht ein Zustimmungsquorum von 25% vor.
17. Juni 1992 Öffentliche Anhörung der Gemeinsamen Verfassungskommission in Bonn zum Thema Bürgerbeteiligung/Volksabstimmung.  
1.074.239 Unterschriften für die Volksgesetzgebung werden in die Säule für Direkte Demokratie gefüllt.  
Unterschriften: Aktion Volksentscheid bis 1987: 116.742; Volksentscheid gegen Atomanlagen, 1986 bis 87: 580.000; Stimmbriefe, 1988/89: 57.000; Volksentscheid über FCKW-Stop, 1989 bis 91: 282.902; Demokratie-Initiative 90 und freie Initiative 89, 1990: 33.735; Verfassung mit Volksentscheid (Goldene Posaune), 1991/92: 8.859)
- 20. Juni 1992 Gründung des Aktionsbündnisses "Maastricht So Nicht - Volksentscheid für ein demokratisches Europa" in Freiburg von 25 Umweltschutz- und Bürgerrechtsbewegungen.**

18. September 1992 Vizepräsident der EG-Kommission Martin Basngemann entläßt seinen Kabinettschef Manfred Brunner (beide FDP), weil dieser eine Volksabstimmung über den Maastrichter Vertrag auch für die Bundesrepublik fordert.
20. September 1992 Frankreich: Volksabstimmung über den Maastrichter Vertrag.
25. November 1992 Gesetzentwurf zur Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid wird von den Abgeordneten Dr. Wolfgang Ullmann, Ingrid Köppe, Konrad Weiß und der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag eingebracht.
12. Januar 1993 SPD legt eigenen Gesetzentwurf zur Einführung von Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid in der Gemeinsamen Verfassungskommission vor.
30. Januar 1993 "Politiker wollen Volksentscheid ablehnen" anlässlich der Entscheidung der Gemeinsamen Verfassungskommission zum Thema Volksentscheid am 11. Februar 1993 organisiert die Demokratiebewegung eine Anzeigenaktion in fünf überregionalen Zeitungen.